

"Größe" und "Selbstbehauptung" als Formeln britischer Weltgeltung. Einige methodische und theoretische Überlegungen

Ursula Lehmkuhl

I.

"Größe" im Sinne geographischer Reichweite, politischen, ökonomischen und kulturellen Einflusses und Prestige sowie "Selbstbehauptung" im Sinne der Durchsetzungsfähigkeit eigener politischer, militärischer und ökonomischer Optionen auch gegen konkurrierende Großmachtinteressen, dies sind sowohl Mittel als auch Ausdruck britischer Weltgeltung im 19. und 20. Jahrhundert. Mit Hilfe dieser beiden Begriffe läßt sich das Bemühen Großbritanniens, Weltpolitik und Weltwirtschaft zum Zwecke der eigenen Machtakkumulation und Machterhaltung (19. Jahrhundert) zu formen und zu nutzen, beschreiben genauso wie die Anstrengungen, den Machtverfall (20. Jahrhundert) aufzuhalten bzw. zu kaschieren, um die Rolle als Weltmacht nicht zu verlieren. Denn ein Verlust dieser Position - sei es im Sinne wirtschaftlicher und militärischer Macht oder sei es im Sinne der Fähigkeit, z.B. aufgrund von Wissens- und Erfahrungsressourcen, den Rahmen von Verhandlungssituationen mitzubestimmen oder gar maßgeblich zu beeinflussen¹ - hätte den Prozeß des britischen Machtverfalls seit der Jahrhundertwende² beschleunigt und den Verlust der britischen Weltmachtposition sehr viel schneller herbeigeführt als dies in den letzten 80 Jahren tatsächlich der Fall war.

"Größe" und "Selbstbehauptung" bilden zwei Seiten zwei verschiedener Medaillen. Die erste Medaille charakterisiert die Situation im 19. Jahrhundert, die zweite die im 20. Jahrhundert. Im 19. Jahrhundert stützte die auf klassischen Machtelementen³ basierende "Größe" Großbritanniens das Selbstbewußtsein des Landes und bot eine Basis, von der aus sich Selbstbehauptung als charakteristi-

¹ Vgl. hierzu die Strukturmerkmale von Macht entwickelt von Susan Strange, *States and Markets*, London 1988, Kap. 2: "Power in the World Economy"

² Vgl. David Reynolds, *Britannia Overruled: British Policy and World Power in the Twentieth Century*, London New York 1991, insbesondere die Einleitung und 173 f. Hier auch weitere Literatur zum Thema "British Decline"

³ Ich beziehe mich hier auf die Machtdefinition der Realistischen Schule. Nach Hans Morgenthau, *Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*, Gütersloh 1963 (Titel der ungekürzten amerikanischen Original-Ausgabe: *Politics Among Nations*. 8. Aufl. 1985) zählen hierzu die geographische Lage, die nationalen Ressourcen, die industrielle Kapazität, die militärische Einsatzbereitschaft, die Bevölkerung, der Charakter, die Moral und die Qualität der Regierung und ihrer Diplomatie.

sche britische Verhaltensweise in den zwischenstaatlichen Beziehungen entwickeln und verfestigen konnte. Großbritannien konnte es sich als potente Wirtschafts- und größte Kolonialmacht erlauben, selbstbewußt, besserwisserisch, wenn nicht gar arrogant aufzutreten und eigene Forderungen und Vorstellungen davon, wie die zwischenstaatlichen Beziehungen geregelt werden sollten und wie Kriege zu vermeiden seien, gegen die europäischen Großmacht Konkurrenten aber auch gegen die Vereinigten Staaten durchzusetzen. Es war der Handelsstaat Großbritannien, der durch die Gestaltung seiner Außenpolitik bereits im 19. Jahrhundert die Grundlagen dafür legte, daß die europäische Großmachtspolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sich mehr und mehr durch eine politische Instrumentalisierung der durch die zunehmende internationale wirtschaftliche Interdependenz geschaffenen ökonomischen Abhängigkeiten auszeichnete und damit ihren Charakter maßgeblich veränderte.⁴ Hinüber gerettet ins 20. Jahrhundert wurden außerdem britisches Selbstbewußtsein und Selbstbehauptung. Beides wurde den politischen Eliten Großbritanniens als entscheidende Verhaltensweise in ihrer politischen Sozialisation eingepflegt und von Generation zu Generation weitergegeben. Sie entwickelten sich damit zu Elementen jener "trägen" Strukturen, die im wissenssoziologischen Sinne,⁵ Handeln und Verhalten zumindest der politischen Elite Großbritanniens bestimmten und zwar bis weit ins 20. Jahrhundert hinein.

Im 20. Jahrhundert allerdings drehte sich die funktionale Beziehung zwischen "Größe" und "Selbstbehauptung" um. Die oben erwähnte zweite Medaille zeichnete sich damit durch ein verändertes Beziehungsgefüge zwischen ihren beiden Seiten aus. "Selbstbehauptung" als Bestandteil der Kräfte der *longue durée*⁶ trug nun dazu bei, den Verlust an materieller Größe (Auflösung des britischen Empire; wirtschaftlicher und vor allem finanzieller Bedeutungsverlust infolge von Weltkriegen und Restrukturierungsmaßnahmen im Weltwirtschaftsgefüge) abzufedern und durch nicht-materielle Macht zu kompensieren. "Selbstbehauptung"

⁴ Vgl. zum Thema 'Politisierung der Ökonomie' bzw. 'ökonomischen Determinierung der Politik' Gilbert Ziebura, *Weltwirtschaft und Weltpolitik, 1922/24-1931*, Frankfurt a.M. 1984 sowie Gustav Schmidt, "Internationale Politik in der Weltwirtschaftskrise", in: Otto Büsch, Peter-Christian Witt (Hgg.), *Internationale Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise*, Berlin 1994, 27-52, hier 42-44.

⁵ Vgl. hierzu insbesondere Alfred Schütz, Thomas Luckmann, *Strukturen der Lebenswelt*, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1984, 17-23.

⁶ Vgl. zu diesem Konzept Fernand Braudel, "Geschichte und Sozialwissenschaften. Die *longue durée*", in: Marc Bloch, Fernand Braudel, Lucien Febvre u.a., *Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse*, hg.v. Claudia Honegger, Frankfurt 1977, 47-85.

wurde damit zu einem essentiellen Bestandteil einer Machtersatzpolitik, die ihre Hochphase in den 1950er Jahren erlebte.⁷

Die Veränderungen im Beziehungsgefüge zwischen "Größe" und "Selbstbehauptung", die Instrumentalisierung der beiden Komponenten zur Durchsetzung der Ziele britischer Außenpolitik und vor allem die Art und Weise, wie sich die britische Selbstbehauptungsfähigkeit im imperialen und globalen Kontext historisch-empirisch darstellte, damit setzen sich die Beiträge des vorliegenden Tagungsbandes auseinander. Sie fragen danach, auf welche Weise es Großbritannien gelang, in Konfliktsituationen seine Interessen durchzusetzen, sich selbst zu behaupten; welche Rolle die jeweils vorhandenen militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen spielten; welche Art von Machtmittel nicht-militärischer oder wirtschaftlicher Natur in Konfliktsituationen eingesetzt wurden, um die Weltmachtposition Großbritanniens weiter auszubauen, zu untermauern bzw. wieder aufzubauen; welchen Einfluß die je spezifischen internationalen Rahmenbedingungen auf die Fähigkeit Großbritanniens ausübten, eigene Strategien gegen konkurrierende Vorstellungen durchzusetzen; welche Rolle dabei die Fähigkeit spielte, regionale Strategien in den Rahmen der globalpolitischen Interessen zu integrieren und damit beide Stoßrichtungen britischen Außenverhaltens gleichermaßen für den Erhalt der Weltmachtposition zu nutzen; welche Bedeutung die britische Selbsteinschätzung in bezug auf politische Möglichkeiten und hinsichtlich des eigenen diplomatischen Handlungsspielraums einerseits und das Bewußtsein des eigenen Wertes und eigener Werte in bezug auf anerkannte Wertesysteme andererseits für die britische Fähigkeit besaßen, sich in Konfliktsituation zu behaupten; welche "feinen Unterschiede"⁸ und Veränderungen und welche Kontinuitäten im Gebrauch bestimmter Machtmittel sich im Vergleich der einzelnen Situationen herausarbeiten lassen; in welchen Situationen und warum welche Art von entscheidungsrelevanten Faktoren: polit-strategische, wirtschaftliche, militärische, macht-strategische oder "kulturelle" (d.h. die Selbsteinschätzung, die Überzeugung von der Richtigkeit eigener Werte) dominierten und schließlich danach, ob es wiederkehrende Konstellationen im Innern Großbritanniens und im internationalen System gibt, in deren Folge je spezifische Mittel zur Selbstbehauptung eingesetzt werden.

⁷ Vgl. Bernd Ebersold, *Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956*, München 1992.

⁸ Pierre Bourdieu, *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Urteilskraft*, Frankfurt 1987 und ders., "Antworten auf einige Einwände", in: Klaus Eder (Hg.), *Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie*, Frankfurt a.M. 1989, 395-410.

II.

Mit der Frage nach den Bestimmungsvariablen britischer Außenpolitik knüpft dieser Band an Fragestellung und Forschungsergebnisse an, die auf der Jahreskonferenz des Arbeitskreises Deutsche-England-Forschung von 1986 unter der Leitung von Jürgen Osterhammel vorgetragen und diskutiert wurden.⁹ Durch die Konzentration auf das "lange 18. Jahrhundert" riefen die einzelnen Beiträge dieser Konferenz die Bedeutung der frühneuzeitlichen Periode im Gesamtprozeß der Expansion Englands in Erinnerung. Vor allem drei Ergebnisse dieser Konferenz sind als Anknüpfungspunkte für die Analysen britischer Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert von besonderer Bedeutung:

1. "... [d]ie britische Gesellschaft war spätestens seit der Mitte des 18. Jahrhunderts demographisch, wirtschaftlich und kulturell dichter und vielfältiger mit der außereuropäischen Welt verwoben als jede andere nationale Gesellschaft Europas."¹⁰

2. "...[d]ie britische Politik [dachte] spätestens seit Chatham - und nicht erst seit Disraeli und Gladstone - in globalen Kategorien".¹¹

3. "Kolonialpolitik war ... ein zentraler Bestandteil britischer Weltpolitik, die seit dem frühen 18. Jahrhundert auf der Kombination 'Sicherung des Mächtegleichgewichts in Europa plus Seeherrschaft plus kommerzielle Überlegenheit im Welthandelssystem' gründete. Deutschland *hatte* ein Empire, England *war* eines. Das Empire war die Daseinsform des kleinen Inselstaates."¹²

Diese Daseinsform, der Lebensstil "Weltmacht" oder "Empire", der seit Ende des 17. Jahrhunderts aufgebaut worden war und sich in das Bewußtsein der verantwortlichen Politiker genauso wie der Bevölkerung auf einer prärationalen Ebene eingegraben hatte, bestimmte die britische Politik auch nach 1840. Trotz des faktischen Abstiegs Großbritanniens von einer Weltmacht zu einer "foremost middle power", der spätestens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch den sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bedeutungsverlust eine unhintergehbare Tatsache geworden war, hat es Großbritannien auch weiterhin verstanden, durch eine spezifische Art des diplomatischen Vorgehens, durch den Einsatz von Machtmitteln, die nicht ausschließlich militärischer oder wirtschaftlicher Art wa-

⁹ Vgl. Jürgen Osterhammel (Hg.), *Britische Übersee-Expansion und britisches Empire vor 1840* (= Veröffentlichung 6 des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung), Bochum 1987.

¹⁰ Jürgen Osterhammel, "Einleitung: Die britische Expansion in der frühen Neuzeit. Fragestellungen und Aspekte", in: ders. (Hg.), *Britische Übersee-Expansion und britisches Empire*, 27.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

ren, seine Interessen und seine Vorstellungen von einer funktionierenden Staatenwelt auch gegen konkurrierende Großmachtinteressen und unter widrigen wirtschaftlichen und militärischen Umständen zu verwirklichen. Kurz: Das Phänomen der Selbstbehauptung, das ohne Zweifel auf dem *Bewußtsein*, ein Empire zu sein, gründet, zieht sich wie ein roter Faden nicht nur durch die britische Geschichte des "langen 18. Jahrhunderts", sondern auch durch die britische Geschichte der letzten 150 Jahre. Es ist ein Phänomen, das nicht so sehr programmatisch politische Entscheidungen beeinflusste, sondern vielmehr auf die, mit den Erfolgen britischer Kolonialpolitik verknüpften, Entwicklung eines spezifisch britischen Machtbewußtseins zurückzuführen ist. Es ist außerdem ein Phänomen mit Beharrungskraft, und damit ein Phänomen, das nur sehr langsam seine handlungsbestimmende und verhaltensleitende Kraft in einer Gesellschaft verliert.

Akzeptiert man diese Prämisse, so gerät man bei der Analyse britischer Außenpolitik sehr schnell in "subjektive Dimensionen" von Politik, die wesentliche Elemente des reflektiv-politischen Denkens, aber auch von Erfahrungen auf der Alltagsebene, von "Mentalitäten", von sozialen "Charaktereigenschaften", von "Persönlichkeitsmerkmalen" oder von "typischen Verhaltensweisen" umschließen. Akzeptiert man außerdem die Bedeutung und den Einfluß dieser "subjektiven Dimensionen" im Prozeß außenpolitischer Entscheidungsfindung, aber auch in zwischenstaatlichen Verhandlungskontexten, so stellt sich alsbald die Frage danach, wie diese "subjektiven Dimensionen" analytisch erfaßt werden können. Die ereignisgeschichtlich geprägte Diplomatiegeschichtsschreibung stößt hier jedenfalls an methodische Grenzen, was die Frage nahelegt, wie das methodische und heuristische Rüstzeug der Diplomatiegeschichte z.B. durch sozial-, kultur- und kommunikationswissenschaftliche Analysemethoden ergänzt werden kann, damit auch Faktoren wie Werte, Normen und 'Kultur', die das Handeln und Verhalten z.B. der entscheidenden Politiker und Regierungsbeamten prädestinieren und damit ein Erklärungselement für Kontinuitäten und Brüche in der Außenpolitik eines Landes darstellen, erfaßt werden können.

Dieser Aufgabe sieht sich der "cultural approach to diplomatic history" verpflichtet, ein Forschungsansatz, der nunmehr seit über 10 Jahren in den USA praktiziert wird. Dieser Forschungsansatz betont die Notwendigkeit, nicht-materielle Grundlagen außenpolitischen Verhaltens - also Normen, Werte, Eigenwahrnehmung, nationale Stereotypen, politische Kultur, Ideologien usw. - zur Erklärung zwischenstaatlichen Handelns heranzuziehen. Er spricht damit genau jene Phänomene an, die, wie die britische Selbstbehauptungsfähigkeit, im Zwischenbereich von politischer Kultur und Mentalität anzusiedeln sind.

III.

Was sind die Inhalte dieses Ansatzes, welche methodischen Instrumentarien bietet er an, wo gibt er heuristische Hilfen? In seinem jüngsten Beitrag zum Thema "Culture and International History" erläutert Akira Iriye Inhalte und Ziele des "cultural approach to diplomatic history"; er bemüht sich um eine Definition des Begriffes 'Kultur' und versucht Unterschiede und Interdependenzen zwischen dem Kulturansatz und den Macht- und Wirtschaftsansätzen herauszuarbeiten.¹³ Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Beobachtung, daß Nationalstaaten, genauso wie Individuen, manchmal Gewalt einsetzen, um sich selbst zu verteidigen und häufig eigennützige Ziele verfolgen, um sich selbst zu bereichern. Genauso wie Individuen entwickelten nationale Gemeinschaften aber auch Visionen, Träume und Vorurteile über sich selbst und über das internationale Umfeld, die die Beziehungen zwischen den Staaten beeinflussen. Insofern als "dreams, aspirations, and other manifestations of human consciousness"¹⁴ im Prozeß zwischenstaatlicher Interaktion über die Grenzen einer Nation, verstanden als kulturelles System,¹⁵ hinweg vermittelt und geteilt werden,¹⁶ seien internationale Beziehungen immer auch interkulturelle Beziehungen. Um diese interkulturellen

¹³ Akira Iriye, "Culture and International History", in: Michael J. Hogan, Thomas G. Paterson (Hgg.), *Explaining the History of American Foreign Relations*, Cambridge, New York 1991, 214-225. In diesem Band werden verschiedene Herangehensweisen an das Phänomen 'Kultur' im Kontext der Diplomatiegeschichtsschreibung vorgestellt. Vgl. darüber hinaus zum "cultural approach" Lynn Hunt (Hg.), *The New Cultural History*, Berkeley 1989 (insbesondere die Einleitung); Akira Iriye, "Culture and Power: International Relations as Intercultural Relations", in: *Diplomatic History* 3(1) (1979), 115-28; Akira Iriye (Hg.), *Mutual Images: Essays in American-Japanese Relations*, Cambridge, MA 1975; Michael G. Kammen, "Extending the Reach of American Cultural History: A Retrospective Glance and a Prospectus", in: *Amerikastudien* 29(1) (1984), 19-42; Frank Ninkovich, "Interests and Discourse in Diplomatic History", in: *Diplomatic History* 13(2) (1989), 135-161; Deborah Welch Larson, *Origins of Containment: A Psychological Explanation*, Princeton 1985; Paul Boyer, *By the Bomb's Early Light: American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age*, New York 1986; Barney Jordan Rickman, "The Japan Connection: The Ideology of American Cooperation with Japan, 1922-1952", Ph.D. The University of Connecticut 1990; John Carlos Rowe, Rick Berg, (Hgg.), *The Vietnam War and American Culture*, New York 1991; Stephen J. Whitfield, *The Culture of the Cold War*, Baltimore 1991.

¹⁴ A. Iriye, "Culture and International History", 214.

¹⁵ Iriye bezeichnet die spezifischen Traditionen, sozialen und intellektuellen Orientierungen und politischen Arrangements einer Nation zusammengefaßt als 'kulturelles System'. Unter Kultur versteht Iriye die Bildung und Vermittlung von Erinnerung, Ideologie, Gefühlen, Lebensstilen, wissenschaftlicher und künstlerischer Werke und anderen Symbolen. Vgl. A. Iriye, "Culture and International History", 215.

¹⁶ A. Iriye, "Culture and International History", 215.

Beziehungen analytisch erfassen zu können, sei zunächst eine Unterscheidung zwischen intra-systemischen und extrasystemischen Verhaltensweisen notwendig. Erst nachdem die Charakteristika innerhalb eines kulturellen Systems erfaßt worden seien, könnten ihre Einflüsse auf die Interaktionen eines Nationalstaates mit anderen kulturellen Systemen erfaßt werden, denn das "extra-systemic behavior of a system is a function of the intrinsic properties of the system on the one hand, and of the things reacted to, on the other".¹⁷ D.h. Historiker der internationalen Beziehungen sollten sich 1. mit der Entstehung, dem Erhalt und dem Wandel von kulturellen Produkten innerhalb der Nationalstaaten beschäftigen; sie sollten 2. nach den Auswirkungen dieser Phänomene auf die Interaktionen zwischen Nationalstaaten fragen, und sie sollten sich 3. mit der Frage auseinandersetzen, ob und wie sich nationale kulturelle Systeme durch diesen Interaktionsprozeß verändern und Bestandteil eines globalen kulturellen Systems werden.

Die bislang geleisteten Forschungsarbeiten, die sich um die Erfassung kultureller Phänomene und der Analyse ihrer Bedeutung für die Außenpolitik eines Landes bemüht haben, lassen sich den von Iriye genannten drei Analyseebenen - der nationalen, der zwischen-nationalen und der globalen - zuordnen. Die Gruppe jener Arbeiten, die sich mit den ideologischen und intellektuellen "underpinnings" zwischenstaatlichen Verhaltens befassen, also die nationale Ebene in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses stellen,¹⁸ konzentrieren sich auf das, was Paul Ricoeur als "jene Schicht von Bildern und Symbolen, die die Grundvorstellungen eines Volkes bilden"¹⁹ oder was Bernard Bailyn als "interior world views", "shared attitudes and responses" und "mindsets" bezeichnet hat.²⁰ Diese Kategorien helfen, das Verhalten und die Haltungen eines Landes gegenüber einem anderen zu erfassen. Die Forschungsbeiträge, die sich dieser ersten Richtung zuordnen lassen, leiden allerdings unter einer nationalorientierten Sichtweise internationaler Beziehungen. Sie betrachten internationale kulturelle Beziehungen lediglich als Zusammenspiel nationaler Ideologien, Traditionen, Emotionen und anderer kultureller Produkte. Das Ergebnis ist eine Nationalisierung internationaler Geschichte und damit eine unzulässige Verkürzung des Problembereiches internationaler Beziehungen, die ja immer mehr sind als nur die Summe nationaler Geschichten.

¹⁷ Leslie A. White, *The Concept of Cultural Systems*, New York 1975, 20.

¹⁸ Vgl. etwa Felix Gilbert, *To the Farewell Address: Ideas of Early American Foreign Policy*, Princeton 1961; Hugh DeSanti, *Diplomacy of Silence: The American Foreign Service, the Soviet Union, and the Cold War, 1933 to 1947*, Chicago 1980; Michael H. Hunt, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, New Haven 1987.

¹⁹ Paul Ricoeur, *Geschichte und Wahrheit*, München 1974, 288.

²⁰ Bernard Bailyn, "The Challenge of Modern Historiography", in: *American Historical Review* 87 (February 1982), 22.

Iriye fordert deshalb, die Frageperspektive entweder zu "transnationalisieren", indem man sich bewußt macht, daß sich nationale Kulturen, wenn sie auf andere nationale Kulturen treffen, durch den gegenseitigen Austausch, aber auch schon allein durch die Tatsache des Aufeinandertreffens in einer bestimmten Kommunikationssituation verändern können, oder zu "entnationalisieren", d.h. die Analyseebene vom Staat/Nation auf Individuen und gesellschaftliche Gruppe zu verlagern, die mit ihresgleichen nicht so sehr als Repräsentanten einer Nation, sondern als "fellow humans" oder als Mitglieder einer bestimmten politischen, religiösen, gewerkschaftlichen oder kulturellen Gruppe interagieren.²¹

Auf diese Forderungen geht eine zweite Art von "cultural studies of diplomatic history" ein, nämlich diejenigen, die mit dem "cross-systemic approach" arbeiten. Dieser Ansatz wurde bisher vor allem zur Analyse von Biographien genutzt. Nach der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten waren es vor allem einzelne Händler, Missionare, Wissenschaftler, Lehrer, Seefahrer und Reisende, die einen ersten Kontakt mit fremden Völkern und Ländern herstellten, noch bevor überhaupt konsularische Kontakte aufgenommen wurden. Was diese Individuen sahen, erlebten und nach Hause berichteten, bildete die Basis amerikanischer Außenbeziehungen, fast bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Seit Ende der 1970er Jahre wird die Lebensgeschichte dieser Menschen rekonstruiert mit Hilfe von Methoden aus anderen Wissenschaften, vornehmlich der Sozialgeschichte, der "psychohistory", "literary criticism" und anderer Disziplinen.²²

Allerdings findet nicht jede Art kultureller Austausch auf der Ebene privater Initiativen statt. Individuelle Begegnungen und zwischen-kulturelle Interaktionen findet man auch jenseits der informellen Ebene. Häufig schaltet sich der Staat in den Prozeß des Kulturaustausches ein und bemüht sich darum, ihn als Teil seiner diplomatischen Anstrengungen zu instrumentalisieren.²³ Oder der Staat macht

²¹ Vgl. A. Iriye, "Culture and International History", 219.

²² Vgl. etwa Warren I. Cohen, *The Chinese Connection: Roger S. Greene, Thomas W. Lamont, George E. Sokolsky, and American-East Asian Relations*, New York, 1978; Jane Hunter, *The Gospel of Gentility: American Women Missionaries in Turn-of-the-century China*, New Haven, 1984; Robert Rosenstone, *Mirror in the Shrine: American Encounters with Meiji Japan*, Cambridge, MA 1988.

²³ Zu diesem Bereich liegt eine interessante Studie von Emily S. Rosenberg vor: *Spreading the American Dream*. Hierin demonstriert die Autorin, wie von 1890 an das offizielle Washington ein stetig wachsendes Interesse daran entwickelte, was Amerikaner außerhalb der eigenen Grenzen taten. Es war den Politikern daran gelegen, die Außenkontakte von Amerikanern im Sinne des nationalen Interesses (d.h. Schaffung eines internationalen Umfeldes, das die Ausdehnung des amerikanischen Handels und amerikanischer Investitionen begünstigte) zu beeinflussen. Vgl. Emily S. Rosenberg, *Spreading the American Dream: American Economic and Cultural Expansion, 1890-1945*, New York 1982.

Kulturpolitik zu einem expliziten Anliegen des Außenministeriums.²⁴ Deshalb fordert Iriye, auch die Beziehung zwischen der informellen und formellen Sphäre kultureller Interaktionen zu erfassen. Dieser Bereich internationaler Geschichte ist zwar ein äußerst komplexer, nur er erhellt aber jene Art kultureller Aktivitäten, die die Beziehungen zwischen "a nation's self-definition as a culture and as a power (or as an economic system)"²⁵ direkt tangieren. Die hier angesprochene Ebene kultureller Interaktionen ermöglicht es, jene Faktoren internationaler Politik, die zum klassischen Themenspektrum der sich an der Realistischen Schule²⁶ orientierenden Diplomatiegeschichtsschreibung gehören, nicht nur additiv zu ergänzen durch Elemente der Perzeptionstheorie, wie die Selbst- und Umweltwahrnehmung und ihren Einfluß auf das Beziehungsgefüge zwischen den Staaten, oder der Feindbild- und Vorurteilsforschung bzw. der Individual- und Sozialpsychologie, sondern sie erlaubt es, die Wechselwirkung zwischen den Bereichen der "hard facts" und/oder "weichen Faktoren" analytisch in den Blick zu bekommen.

Diese dritte Ebene der "cultural history", die Iriye als den "global approach" charakterisiert, baut auf Forschungen zu den Ebenen 1 und 2 auf und versucht, nationale Kulturen und ihre Interaktionen mit dem internationalen System zu verbinden und dabei der Frage nach der Existenz einer "global consciousness" nachzugehen. So wird z.B. häufig davon gesprochen, daß Japan zwar eine Weltmacht in wirtschaftlicher Hinsicht sei, daß es allerdings kulturell isoliert dastehe. Wenn man allerdings von kultureller Isolation spricht, setzt dies voraus, daß es so etwas wie eine internationale kulturelle Ordnung gibt, nach deren Werten eine Nation als isoliert bewertet werden kann. Es ist also danach zu fragen, wo weltweite Anliegen existieren, die nationale Grenzen überschreiten und ob es analog zum Entstehen und Verfall von Großmächten oder Weltwirtschaftssystemen globale kulturelle Trends und Gegentrends gibt. Es wäre auch zu analysieren, ob ein bestimmter Typus kultureller Verhaltensweisen eine ganz spezifische Form der Außenpolitik generiert und ob kulturelle Einstellungen und Verhaltensweise vielleicht einen einzigartigen außenpolitischen Ansatz bedingen.

Um auf die eingangs gestellten Fragen nach dem Inhalt, den methodischen Instrumentarien und den heuristischen Hilfen dieses Ansatzes zurückzukommen: Der "cultural approach to diplomatic history" hat unbestritten eine wichtige heuristische Funktion: Er wirft genau solche Fragen auf, wie sie im Rahmen des vor-

²⁴ Vgl. Frank Ninkovich, *Diplomacy of Ideas: United States Foreign Policy and Cultural Relations, 1938-1950*, New York 1981.

²⁵ A. Iriye, "Culture and International History", 222.

²⁶ Vgl. den Überblick zu Grundannahmen und Fragestellungen der Realistischen Schule in McKinlay, R.D., Little, R., *Global Problems and World Order*, London 1986, Kap. "The Realist Model" sowie in Ursula Lehmkuhl, *Einführung in die Theorien der Internationalen Politik. Ein Lehr- und Lesebuch*, in Vorbereitung (erscheint voraussichtlich 1996).

liegenden Bandes angeschnitten und diskutiert werden. Mit Hilfe der hier gestellten Fragen wird es möglich, macht- und wirtschaftstheoretisch nicht zu erklärende Phänomene in der internationalen Geschichte, unter alternativen Gesichtspunkten zu durchdenken und möglicherweise zu neuen Einsichten über das Funktionieren der zwischenstaatlichen Beziehungen zu gelangen. Dem "cultural approach" fehlt allerdings sowohl ein theoretischer Überbau, der die hier allein aus der Beobachtung einzelner Fälle abgeleitete These der Relevanz kultureller Faktoren für die Gestaltung der internationalen Politik verallgemeinerungsfähig macht und damit die Erklärungsrelevanz der Ansatzes deutlich erhöht, als auch eine Definition des Kultur- und Machtbegriffes. Auch fehlt bislang eine Auseinandersetzung mit Analysemethoden.

Aus der Sicht des Historikers ist sicherlich das erste Manko - die theoretische Begründung der Verallgemeinerungsfähigkeit der Grundannahmen des "cultural approach" - weniger schwerwiegend als etwa für einen Politologen oder Soziologen. Die zweite und dritte "Lücke" des Ansatzes stellt hingegen seine Anwendbarkeit in der historischen Forschung in Frage. Denn die bislang nur ungenügende Operationalisierung des Kultur- und Machtbegriffes und vor allem das Fehlen einer Auseinandersetzung mit Analysemethoden machen es unmöglich, mit dem "cultural approach" zu arbeiten und dabei gleichzeitig die Grundvoraussetzung geschichtswissenschaftlicher Forschung zu gewährleisten, nämlich die Objektivität der so gewonnenen historischen Erkenntnis.²⁷ Denn Objektivität und intersubjektive Überprüfbarkeit der Analyseergebnisse können - wenn man Max Webers methodologischen Aufsätzen²⁸ folgt - niemals inhaltlich, sondern nur methodisch bestimmt werden.

Da umgekehrt der heuristische Wert des Ansatzes kaum in Frage zu stellen ist, scheint ein Blick über den Zaun der Geschichtswissenschaft in benachbarte Bereiche, etwa in den Bereich der Politologie, der Psychologie oder der Kommunikationswissenschaft, nicht nur sinnvoll sondern auch geboten, um die noch vorhandenen Lücken des "cultural approach" zumindest ansatzweise zu schließen und damit diesen Ansatz für die Geschichtswissenschaft fruchtbar zu machen.

²⁷ Vgl. hierzu Jörn Rüsen, *Historische Vernunft*, Göttingen 1983, 117: "Objektivität der historischen Erkenntnis heißt, daß man ihr allgemein zustimmen kann, weil sie im Prinzip von jedem zu jeder Zeit auf ihre Geltungsansprüche hin überprüft werden kann"

²⁸ Vgl. Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1968² (1974³), 167 = die Seitenzahl der ersten Auflage von 1922. Die 2. und 3. Auflage weisen am inneren Seitenrand die Seitenzahlen der 1. Aufl. in eckiger Klammer auf, sofern diese von der 3. Aufl. unterschieden sind. So wird der Gebrauch aller Auflagen ermöglicht.

IV.

Sinnvolle methodische und theoretische Anregungen ergeben sich m.E. einmal aus der von James Rosenau, in Auseinandersetzung mit den methodischen Mängeln der Interdependenztheorie, entwickelten "issue area analysis" und dem "linkage"-Ansatz. Hilfen bei der Operationalisierung des Kultur- und Machtbegriffes bieten hingegen die in diese Richtung zielenden Ansätze der Politischen Kulturforschung und die soziologisch-kommunikationstheoretisch orientierten Machttheorien.

a) "issue area analysis" und "linkage"-Ansatz

Die "issue area analysis" und der "linkage"-Ansatz gehören zum breiten Feld der Interdependenztheorien.²⁹ Interdependenztheorien bemühen sich darum, die analytische Dichotomie zwischen Innen-, Außen- und Internationaler Politik zu überwinden. Sie fragen also - wie Iriye - nach solchen Strukturen des internationalen Staatensystems, die den Nationalstaat übergreifen. So werden die wechselseitige Abhängigkeit von politischen Konstellationen und Prozessen in staatlichen Einheiten und die auf diese Systeme von außen wirkenden Bedingungen als Grundlage innen- wie außenpolitischer Entscheidungsmuster betrachtet.

Die Unschärfe des Interdependenzbegriffes macht allerdings Interdependenz zu einer analytischen Leerkategorie, die lediglich die Behauptung zuläßt, daß alles irgendwie mit allem zusammenhänge. Kausalbeziehungen mit Hilfe von Wenn-Dann-Aussagen können im Kontext der Interdependenzkonzepte erst dann erstellt werden, wenn zuvor die zu untersuchende Interdependenzbeziehung in einen spezifischen, inhaltlich definierbaren Kontext eingebettet wird, der die Setzung unabhängiger Variablen, aus denen Interdependenzen dann jeweils resultieren, ermöglicht. Dieser inhaltlich definierbare Kontext, der sich abgrenzen läßt gegenüber anderen solchen Kontexten, ist das, was James Rosenau unter dem von ihm, in der Absicht, die Interdependenzen zwischen persönlichkeitsbezogenen, staatlichen und internationalen Faktoren analytisch zu erfassen, entwickelten Konzept der "issue area" versteht. Die "issue area" oder der Problembereich um-

²⁹ Hierzu zählen auch die transnationale Politik (vgl. Karl Kaiser, "Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik", in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 1, 1969, 80-109), der Forschungsansatz ökonomischer Interdependenz (vgl. u.a. Richard Cooper, *The Economics of Interdependence*, New York 1968; Fred C. Bergsten, *The Future of the International Economic Order*, Lexington 1973) sowie der "Power and Interdependence"-Ansatz, der die wechselseitigen Abhängigkeitsstrukturen unter dem Blickwinkel der Erfassung von Asymmetrien untersucht (vgl. Robert O. Keohane, Joseph S. Nye, Jr., *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Boston 1977).

reißt einen gemeinsamen inhaltlichen oder verfahrensmäßigen Bezug der ihn konstituierenden Probleme und ein darauf bezogenes Rollenverhalten von Akteuren. Um eine Verknüpfung zwischen nationalem und internationalem System in bestimmten Problembereichen erklären zu können, entwickelte Rosenau den Begriff "linkage". Er bezeichnet Transaktionsmuster, die in einem System ihren Ausgang nehmen und in einem anderen System Reaktionen auslösen. Linkage-Politik beschreibt den Vorgang, zwei oder mehrere an sich voneinander unabhängige politische Forderungen, Themen oder Bereiche miteinander zu verknüpfen und so politische "Pakete" zu bilden. Das "linkage"-Konzept bemüht sich durch die Aufhebung der analytischen Trennung von Außen- und Internationaler Politik darum, die künstliche Trennung von Akteure und Interaktionen zu überwinden und den gegenseitigen Bezug von Außen- und Internationaler Politik auch begrifflich zu verdeutlichen. Das "linkage"-Konzept ermöglicht die Erstellung eines detaillierten "linkage framework", eines Bezugsrahmens, in dem sowohl das einzelstaatliche politische System und seine Einheiten - Akteure, Einstellungen, Institutionen, Prozesse - festgemacht und die in ihm ablaufenden Vermittlungsprozesse dargestellt als auch die verschiedenen regionalen und problemorientierten Systeme angegeben werden können.³⁰ Das Konzept ist damit vor allem in methodischer Hinsicht von großer Bedeutung, denn es erlaubt ein empirisch-analytisches Vorgehen.

Zu fragen ist nun, wo und wie die von Rosenau entwickelten Konzepte bei der empirischen Erfassung der Phänomene interkultureller Beziehungen nützlich sein können. Zunächst einmal ist der Ausgangspunkt des Erkenntnisinteresses des "cultural approach" und der "issue area analysis" ein ähnlicher. Beiden Ansätzen geht es um die Analyse der Wechselwirkungen zwischen "harten" und "weichen" Faktoren in den internationalen Beziehungen. Beide Ansätze sehen die Notwendigkeit, das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis von inneren und äußeren Faktoren zu berücksichtigen. Der methodische Gewinn, den der "cultural approach" aus dem "issue area"-Konzept ziehen kann, besteht in dessen analytischer Präzision. Der "issue area"-Ansatz verlangt eine genaue Definition des Sachbereiches, den man untersuchen will; er fragt nach Abgrenzungskriterien gegenüber anderen Sachbereichen, fordert die Offenlegung solcher Faktoren, die möglicherweise Verbindungen zwischen verschiedenen Sachbereichen herstellen sowie die Auflistung der Variablen, die für das Funktionieren und die Charakterisierung des ausgewählten Problembereiches essentiell sind und deshalb untersucht werden sollen. D.h. das "issue area"-Konzept verlangt vom Forscher, den Analysege-

³⁰ James N. Rosenau (Hg.), *Linkage Politics*, New York 1969; James N. Rosenau, "Foreign Policy as an Issue-Area", in: ders., *Domestic Sources of Foreign Policy*, New York 1967, 11-50.

genstand exakt zu benennen und die Auswahlkriterien zu begründen, bevor er sich an die empirische Analyse heranbegibt. Dadurch wird verhindert, daß sich die Analyse von Interdependenzstrukturen auf zufällige empirische Beobachtungen beschränkt, und es kommen Variablen in den Blick, die bei einer Beschränkung auf individuelle, "naiv" eruierte Selektionskriterien möglicherweise nicht in den Blick genommen worden wären.

Die "issue area analysis" ergänzt den "cultural approach" insofern methodisch dahingehend, als er die Erstellung einer Forschungsmatrix verlangt, in der die zu untersuchenden Variablen und Interdependenzbeziehungen aufgeführt und ihre Relevanz für den ausgesuchten Problembereich erläutert werden. Eine solche Forschungsmatrix könnte im Falle des in diesem Band zu untersuchenden Problembereiches "britische Selbstbehauptungsfähigkeit" folgendermaßen aussehen:

Forschungsmatrix zum Problembereich: Britische Selbstbehauptungsfähigkeit
A. Sachbereiche: <ul style="list-style-type: none">• England und Europa im 19. Jahrhundert• England und Europa in den 1920er Jahren• Das britische Empire in der Zwischenkriegszeit• Großbritannien und der Nahe Osten in den 1950er Jahren• Großbritannien und Japan in den 1950er Jahren• Großbritannien, das Empire und Europa nach 1945• Die Parteien und britische Weltpolitik nach 1945
B. Akteure: <ul style="list-style-type: none">• Mit welchen internationalen Akteuren interagiert Großbritannien im jeweiligen Sachbereich?• Welche Position nehmen die nationalstaatlichen Akteure im internationalen System ein?• Durch welche Personen werden diese Interaktionen ausgetragen?• Wie wurden diese Personen sozialisiert, wo gingen sie zur Schule?• Kennen sich die Personen untereinander aus anderen, nicht-politischen Kontexten?• In welchen spezifischen Handlungszusammenhängen stehen die beteiligten Akteure innerhalb des jeweiligen Nationalstaates?• Woher beziehen sie ihre Informationen?

C. Interessen:

I. nationale Interessenlage:

- Was sind die offiziellen nationalen Interessen?
- Existieren innerhalb der Regierungen der beteiligten nationalstaatlichen Akteure Interessenkonflikte zwischen Ressorts oder einzelnen Regierungsbeamten?
- Wie gehen die Entscheidungsträger persönlich mit solchen Interessenkonflikten um?
- Vertreten die am Interaktionsprozeß beteiligten Individuen andere als die offiziellen Meinungen?
- Ergeben sich aus der spezifischen gesellschaftlichen und politischen Position der Regierungsvertreter spezifische persönliche Interessen?
- Welchen Einfluß haben innergesellschaftliche Konstellationen auf die Außenpolitik?

II. internationale Interessenlage:

- Gibt es weltwirtschafts- oder sicherheitspolitische "constraints", die auf Zieldiskussionen im nationalen Kontext einwirken?
- Welche Bedeutung haben internationale "constraints" im Vergleich zu anderen z.B. innenpolitischen Rücksichtnahmen?
- Gibt es bestimmte internationale Akteure, auf die aus bestimmten Gründen mehr Rücksicht genommen werden muß als gegenüber anderen?
- Welche Gründe sind es, die eine Hierarchisierung der Rücksichtnahmen bedingen?
- Mit welchen Problemkontexten sind diese Gründe verwoben?

III. Interessenkompromisse:

- Werden aufgrund spezifischer internationaler oder innenpolitischer Konstellationen und Bedürfnisse nationale Zielvorstellungen verändert?
- Und umgekehrt: Welche Auswirkungen haben Veränderungen in der Bestimmung nationaler Ziele auf internationale "constraints"?
- Finden diese Revisionsprozesse allein innerhalb der Nationalstaates statt oder sind sie Resultat von zwischenstaatlichen Verhandlungen in internationalen Organisationen oder Regimen?
- Welche Auswirkungen haben solche Revisionen auf andere Politikbereiche?

D. Motive:

- Welche Handlungsmotive lassen sich herausfiltern?
- Welche Rolle spielen wirtschaftliche, welche sicherheitspolitische Motive?
- Spielen Vorurteile, politische Ressentiments, historische Erfahrungen hinsichtlich der Bereitschaft eines nationalen Akteurs, sich auf international ausgehandelte Kompromißformeln einzulassen, eine Rolle?
- Welche Bedeutung haben Freund- und Feindbilder für das analysierte Interaktionsgefüge?
- Woher speisen sich Vorurteile, Ressentiments, Freund- und Feindbilder?
- Werden sie vornehmlich aufgrund einer spezifischen gesellschaftlichen Erfahrungskonstellation eines nationalstaatlichen Akteurs generiert oder entstehen und verfestigen sie sich durch Erfahrungen im zwischenstaatlichen bzw. internationalen Interaktionsbereich?
- Welche Rolle spielt die Eigenwahrnehmung und die Selbsteinschätzung der eigene Machtposition gegenüber den übrigen beteiligten nationalstaatlichen Akteuren für die Formulierung von nationalen Zielvorgaben und die Kompromißbereitschaft eines Landes?

E. Durchsetzungsstrategien:

- Mit welchen Durchsetzungsstrategien arbeiten die beteiligten Akteure, um ihre spezifischen Interessen gegenüber konkurrierenden Interessen zu realisieren?
- In welchen Sachbereichen ziehen sich die Akteure auf unilaterales Vorgehen zurück, in welchen Kontexten spielen Verhandlungen in internationalen Organisationen eine besondere Rolle, wo werden bi- oder trilaterale Koalitionen gegen beteiligte Dritt- oder Viermächte gegründet?
- Welche Rolle spielt der Einsatz von Wirtschaftsmacht?
- Welche Bedeutung hat das militärische Bedrohungspotential eines Akteurs für die Durchsetzung seiner politischen Anliegen?
- Welche Rolle spielt diplomatisches Geschick und das Prestige eines Landes für die Durchsetzung nationaler Zielvorgaben?
- Wie wichtig sind persönliche Freund- bzw. Feindschaften zwischen den an einem Problembereich beteiligten nationalen Entscheidungsträgern für die Durchsetzung bestimmter nationaler Zielvorgaben gegenüber konkurrierenden Großmachtinteressen?

F. Resultate:

- Aufgrund welcher Faktoren wurden welche Ergebnisse erzielt?
- Welche Rolle spielten dabei die persönlichkeitsbezogenen Elemente, die nationale und internationale Interessenlage, Koalitionen, Rücksichtnahmen (nach innen und nach außen)?

Die Erstellung einer solchen Forschungsmatrix verlangt nun wieder eine definitorische Erläuterung der als handlungsrelevant betrachteten Faktoren, wie eben die von Iriye aufgezählten Einflußgrößen: Visionen, Träume, Vorurteile, das

Bewußtsein, Werte, Normen etc. - kurz: es ist nötig zu klären, was eigentlich unter dem Begriff "Kultur" in den internationalen Beziehungen zu verstehen ist. Im Hinblick auf die besonderen Anliegen des "cultural approach" erweisen sich die Definitionen von Kultur, die im Kontext der politischen Kulturforschung entworfen wurden, als besonders vorteilhaft. Zum einen deshalb, weil sie zugeschnitten sind auf den Objektbereich eines kulturellen Systems, der *politisch* handlungsrelevant ist und zum zweiten, weil diese Definitionen explizit die Handlungs- und Funktionsrelevanz kultureller Faktoren herausstellen. Drittens schließlich konzentrieren sie sich, auch aufgrund ihres lebensweltsoziologischen Bezugsrahmens, auf solche Sachverhalte, die gerade auch für Historiker interessant sind: nämlich die intersubjektiven Prozesse, in denen die Menschen ihr Wissen um die Welt erwerben, es gesellschaftlich verfestigen, kontrollieren und weitergeben.³¹

b) Politische Kulturforschung

Das zentrale Anliegen der politischen Kulturforschung ist, zu analysieren, welche Bedeutung Werte, Gefühle und Meinungen für die Erklärung von politischem Verhalten haben. Die politische Kulturforschung geht dabei davon aus, daß politische Werte, Gefühle und Meinungen weder bloße Reflexe sozialer und politischer Strukturen sind, noch daß sie reduzierbar sind auf rationale Entscheidungen von Individuen.³² Politische Kultur bezieht sich vielmehr auf das Muster subjektiver Orientierungen gegenüber Politik innerhalb einer ganzen Nation oder ihrer Teilgruppen. D.h. politische Kultur ist immer eine kollektive Größe; sie charakterisiert eine Nation, eine Region, eine Klasse, eine ethnische Gemeinschaft, eine Organisation oder eine Partei etc., es gibt keine individuelle politische Kultur. Individuen haben Grundsätze, Werte, Einstellungen, aber sie haben keine Kulturen.³³ So erläutert Karl Rohe:

"Kultur stellt ähnlich wie Sprache im Sinne von 'langue' ein überindividuelles Phänomen dar. Sie bedarf zwar konkreter Individuen, die sie in ihr Denken, Fühlen und

³¹ Vgl. zur Wissens- und Lebensweltsoziologie: Peter L. Berger, Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a.M. 1984 sowie Alfred Schütz, Thomas Luckmann, *Strukturen der Lebenswelt*, 2 Bde. Frankfurt a.M. 1979 u. 1984.

³² Vgl. Gabriel A. Almond, "Politische Kultur-Forschung - Rückblick und Ausblick", in: Berg-Schlosser, Schissler (Hgg.), *Politische Kultur in Deutschland*, 28.

³³ David J. Elkins, Richard E. B. Simeon, "A Cause in Search of Its Effect, or What Does Political Culture Explain?", in: *Comparative Politics* 11 (1979), 127-145, hier 129.

"Größe" und "Selbstbehauptung" als Formeln britischer Weltgeltung

Handeln aufnehmen; Träger von Kultur sind aber letztlich nicht Individuen, sondern gesellschaftliche Kollektive. Kultur hat "man" stets nur mit anderen zusammen."³⁴

Politische Kultur, im Sinne eines politisch relevanten Weltbildes von Gruppen und die damit verknüpften operativen Normen, die sich insgesamt "als das mit spezifischem Sinn gefüllte ideelle Design eines Kollektivs für sein politisches Leben" begreifen lassen, kann deshalb als kollektive Theorie des Politischen bezeichnet werden, mit einer spezifischen Sicht politischer Grundprobleme und entsprechenden "Antworten" und "Lösungen".³⁵

Politische Kultur ist ein kollektiv geteilter, den Individuen selbstverständlicher und deshalb meist unbewußter politischer Code, der das Denken, Handeln und Fühlen von Akteuren - in freilich historisch unterschiedlicher Weise - steuert, ohne es jedoch zu determinieren. Es handelt sich gleichsam um den Habitus, mit der politische Realität interaktiv und kommunikativ konstruiert wird".³⁶

Insofern, als politische Kultur die Bandbreite akzeptierter, möglicher Alternativen definiert, aus denen Gruppen oder Individuen Handlungsschemata auswählen können,³⁷ beschränkt sich die erklärende Kraft des Ansatzes zunächst darauf, die Agenda festzulegen, über die politische Auseinandersetzung stattfindet. Politische Kultur erklärt nicht, warum bestimmte Elemente aus der Agenda ausgewählt werden. Hier kommen andere Faktoren ins Spiel wie die Persönlichkeit, die Rolle, das Eigeninteresse - auf der individuellen Ebene - oder die relative Macht organisierter Gruppen - auf der gesellschaftlichen oder kollektiven Analyseebene. Eine besondere Rolle als Selektionskriterium für die Erstellung individueller Sub-Agenden spielen Werte. Es seien Werte, verstanden als ein explizites oder implizites Konzept, "distinct of an individual or characteristic of a group, of the desirable which influences the selection from available modes,

³⁴ Karl Rohe, "Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Dirk Berg-Schlosser, Jakob Schissler (Hgg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung* (=PVS-Sonderheft 18), Opladen 1987, 39-48, hier 39.

³⁵ Vgl. K. Rohe, "Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit", 39 sowie ders., "Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung", in: *Historische Zeitschrift* Bd. 250 (1990), 321-346.

³⁶ Andreas Dörner, Karl Rohe, "Politische Sprache und Politische Kultur", in: Manfred Opp de Hipt, Erich Latniak (Hgg.), *Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung*, Opladen 1991, 38-65, hier 40.

³⁷ D. J. Elkins, R. E. B. Simeon, "A Cause in Search of Its Effect", 131.

means, and ends of action",³⁸ die die individuelle Selektion bestimmter Inhalte der politischen Kultur bedingen.

Diesen Überlegungen zum Gegenstandsbereich politischer Kulturforschung liegt ein Kulturbegriff zugrunde, der sehr stark handlungsorientiert ausgelegt ist. So definieren etwa die kanadischen Soziologen Elkins und Simeon, die als Väter einer lebensweltsoziologisch ausgerichteten politischen Kulturforschung bezeichnet werden können, in Anlehnung an das von Clifford Geertz vorgestellte Konzept von Kultur als "set of control mechanisms",³⁹ die Grundvariablen des politischen Kulturkonzeptes, nämlich "assumptions" und "premises" als "a particular type of control mechanisms"⁴⁰

In einer Weiterentwicklung dieses handlungsorientierten Kulturbegriffes schlägt Karl Rohe vor, zwischen zwei unterschiedlichen Ausprägungen der politischen Kultur zu unterscheiden und damit den Objektbereich des Konzeptes 'Politische Kultur' stärker einzuschränken, nämlich zu unterscheiden zwischen politischer Kultur als politischer Lebensweise (= politische Soziokultur) und politischer Kultur als politisches Weltbild (= politische Deutungskultur). In der politischen Soziokultur hätten sich "politische Designs zu Mentalitäten, Gewohnheiten und Lebensweisen gesellschaftlich auskristallisiert. Als solche bildeten sie einen internalisierten Handlungsrahmen, dessen spezifische Selektivität dem Handelnden oft gar nicht bewußt ist, und der eben deshalb besonders wirksam ist."⁴¹ In der Form der politischen Soziokultur besitzen die "Vorstellungen" über die politische Welt unmittelbare Handlungsrelevanz. Demgegenüber befinden sich diese "Vorstellungen" über die politische Welt auf der Ebene der politischen Deutungskultur "entweder noch in der Mappe des politischen Designers oder werden gerade zwischen Kultursystem und politischem System hin und her gereicht"⁴² Als solche besitzen sie noch keine unmittelbare Handlungsrelevanz, sondern sind vielmehr eine vom Handelnden zu berücksichtigende äußere Größe.⁴³ Rohe schlägt darüber hinaus vor, zwischen handlungsleitenden und handlungslegitimierenden politischen Soziokulturen zu fragen, denen jeweils auch politische Deutungskulturen zuzuordnen sind und damit den Blick auf die Funk-

³⁸ Vgl. Clyde Kluckhohn, "Values and Value-Orientations in the Theory of Action", in: Talcott Parsons, Edward A. Shils (Hgg.), *Toward a General Theory of Action*, New York 1962, 395.

³⁹ Clifford Geertz zitiert in Roger M. Keesing, "Theories of Culture", in: Bernard Siegel et al (Hgg.), *Annual Review of Anthropology*, Vol. 3 (1974), 73-97, 87.

⁴⁰ Vgl. D. J. Elkins, R. E. B. Simeon, "A Cause in Search of Its Effect", 129.

⁴¹ K. Rohe, "Politische Kultur und kulturelle Aspekte von politischer Wirklichkeit", 44 sowie ders., "Politische Kultur und ihre Analyse"

⁴² K. Rohe, "Politische Kultur und kulturelle Aspekte von politischer Wirklichkeit", 44.

⁴³ Ebenda.

tionen politischer Kultur für das politische Leben zu lenken und nicht bei der Analyse der Inhalte politischer Kultur stehenzubleiben.

Hinsichtlich des Erklärungswertes des Politischen Kulturkonzeptes - so Elkins und Simeon - müsse man sich bewußt sein, daß dieses nur eine "second-order explanation" anbiete, die nur zusammen mit institutionellen und strukturellen Erklärungsansätzen sinnvoll genutzt werden kann. Politische Kultur als Erklärungsvariable greife erst dann, wenn institutionelle und strukturelle Gründe für ein bestimmtes Verhalten ausgeschaltet werden können.⁴⁴

"Culture as an explanation is seldom direct and seldom operates alone. Rather, it is generally permissive and almost always acts in conjunction with other variables. This is largely because the culture is defined by the range of assumptions found in the society. Hence, one cannot infer or predict directly from cultural assumption to individual attitude, individual act, or collective decision."⁴⁵

Politische Kultur sei insofern keine Variable, die mit anderen Entscheidungsvariablen konkurriert, sondern sie ergänzt diese.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden: Politische Kultur hat kognitive, affektive und evaluative Bestandteile. Sie schließt Kenntnisse und Meinungen über politische Realität, Gefühle über Politik und politische Werthaltungen ein. Der Inhalt von politischer Kultur ist das Ergebnis von Kindheitssozialisation, Erziehung, Medieneinfluß und Erfahrungen im Erwachsenenleben mit den Leistungen von Regierung, Gesellschaft und Wirtschaft. Umgekehrt beeinflusst die politische Kultur eines Landes aber auch die Struktur von Regierung und Politik und ihre Leistungen, schränkt sie ein, aber determiniert sie nicht völlig. Die Kausalpfeile zwischen Kultur, Struktur und Regierungsleistung weisen deshalb in beide Richtungen. Politische Kultur besteht insofern aus einem Muster von "Vorstellungen" (assumptions) über die politische Welt, die längerfristig wirksam und von den konkreten Situationsbedingungen relativ unabhängig sind und nicht von "Einstellungen" (attitudes), z. B. gegenüber einer bestimmten Regierung.⁴⁶

Bislang beschränkt sich die Anwendung des politischen Kulturkonzeptes entweder auf die vergleichende Erfassung nationaler politischer Kulturen oder auf die Aufschlüsselung verschiedener nationaler Subkulturen. Mit Hilfe des politischen Kulturkonzeptes wurden die Charakteristika politischer Institutionen und ihre unterschiedliche Entwicklung in verschiedenen nationalen Kontexten erklärt. Relativ neu - wenn auch mit dem Institutionenvergleich methodisch verwandt - ist der Versuch, mit Hilfe des Konzeptes der politischen Kultur spezifische nationale

⁴⁴ Vgl. D. J. Elkins, R. E. B. Simeon, "A Cause in Search of Its Effect", 140.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ D. J. Elkins, R. E. B. Simeon, "A Cause in Search of Its Effect", 130.

Verhandlungsstrategien beim Abschluß internationaler Verträge zu erklären.⁴⁷ Es fehlt bislang, mit Ausnahme des Beitrages von Brigitta Nedelmann,⁴⁸ eine Anwendung des Konzeptes im Bereich der "policy analysis" sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext. Dies ist ein Punkt, an dem die politische Kulturforschung nicht nur den "cultural approach" befruchten kann, sondern auch umgekehrt die spezifischen Anliegen der Betrachtung internationaler Beziehungen als interkulturelle Beziehungen auch den Anwendungsbereich der politischen Kulturforschung ergänzen können. Bezogen auf die spezifischen Anliegen des vorliegenden Bandes, in dem es darum geht, das Wechselverhältnis von Kultur und Politik im Kontext zwischenstaatlichen und internationalen Handelns und Verhaltens zu erfassen, wäre deshalb einerseits mit Karl Rohe zu fragen, "was der Kitt ist, der zwischenstaatliche Zusammenarbeit, der 'besondere Beziehungen' zwischen zwei Staaten ermöglicht."⁴⁹ Und es wäre andererseits - mit Elkins und Simeon - danach zu fragen, wie Kultur (im Sinne der politischen Kultur) den Prozeß der "policy formation" beeinflusst, und zwar in zweierlei Hinsicht: "first, the procedures or processes through which policy is debated and decided; and second, the substance or content itself".⁵⁰

Während die Beantwortung der ersten Frage von der jeweiligen Akteurskonstellation und dem zu analysierenden Problembereich abhängt, kann man auf die zweite Frage einige allgemeinere Antworten geben, die helfen, den analytischen Blick zu schärfen und Bewertungskriterien zu entwickeln. Im Kontext des Prozesses der "policy formation" beeinflusst 'Kultur' die Art und Weise, wie Politiker miteinander interagieren sowie den Verhaltensstil der politischen Entscheidungsträger: d.h. Kultur bestimmt, welche Verhaltensweisen legitim sind, welche Kriterien (wissenschaftlich oder religiöse) im Entscheidungsprozeß selektionsrelevant sind, wie ein Politikfeld wahrgenommen wird (z.B. konflikträchtig oder konsensuell, als Nullsummenspiel oder als Nicht-Nullsummenspiel), wer an dem Prozeß beteiligt wird und schließlich auch über das Gleichgewicht zwischen Freiwilligkeit und Zwang.

Wie lassen sich nun die hier dargestellten Grundannahmen und Forschungsdesiderata der politischen Kulturforschung nutzbar machen für den von Iriye vorgestellten "cultural approach" Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich zu-

⁴⁷ Vgl. R. P. Anand (Hg.), *Cultural Factors in International Relations*, New Delhi 1981.

⁴⁸ Brigitta Nedelmann, "Das kulturelle Milieu politischer Konflikte", in: *Kultur und Gesellschaft. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 27 (1986), 397-414.

⁴⁹ K. Rohe, "Politische Kultur und kulturelle Aspekte von politischer Wirklichkeit", 127.

⁵⁰ D. J. Elkins, R. E. B. Simeon, "A Cause in Search of Its Effect", 142.

rückgreifen auf die Forschungsmatrix, die in methodischer Anlehnung an das "linkage"-Konzept erstellt wurde. Relevant ist das politische Kulturkonzept vor allem hinsichtlich der Aspekte *Akteure* und *Motive*.

Durch den Hinweis darauf, daß Kultur eine kollektive Größe ist und im Hinblick auf ihre Funktion deutlich zu unterscheiden ist von Normen und Werten (= individuelle Größen), gelingt es zunächst einmal die von Iriye in schlichter Faktorenreihung genannten Untersuchungskriterien in eine funktionale Beziehung zueinander zu setzen. Während Kultur (immer verstanden im Sinne von politischer Kultur) als verhaltensleitende Agenda eines Kollektivs (z.B. der britischen Regierungselite) zu verstehen ist, erklären Werte und Normen, verstanden als Selektionsmechanismen, die Tatsache, daß einzelne Mitglieder dieses Kollektivs jeweils spezifische individuelle Sub-Agenden innerhalb des kollektiv internalisierten Handlungsrahmens bilden, die dann wiederum das individuelle Verhalten bestimmen. D.h. der Historiker, der sich um eine Erklärung der Bedeutung "kultureller Faktoren" für das zwischenstaatliche und internationale Verhalten einzelner Nationalstaaten bemüht, kann zur Erklärung subjektiver Faktoren auf Analysen der politischen Kultur einer Nation oder auch einer Gruppe zurückgreifen, um die verhaltensrelevanten *gesellschaftlichen* Lebensweisen, Gewohnheiten und Mentalitäten des zu untersuchenden Akteurs zu erfassen. Dieser soziale Handlungsrahmen dient sodann als Matrix oder Idealtyp, mit dessen Hilfe die spezifischen *individuellen* Verhaltensmuster herauskristallisiert werden können. Anhand des so gewonnen Verhaltensprofils lassen sich Rückschlüsse auf Werte und Normen ziehen. Auf diese Art und Weise wird es möglich die "naive" Herangehensweise an Phänomene wie Kultur, Werte und Normen durch analytische Schritte zu ersetzen, die intersubjektiv nachvollziehbar und überprüfbar sind.

Die genannten theoretischen Vorüberlegungen der politischen Kulturforschung tragen darüber hinaus zu einer weiteren Differenzierung der Heuristik des "cultural approach" bei insofern, als sie verdeutlichen, wie wichtig es ist, zwischen dem kollektiven Träger politischer Kultur und dem individuellen Träger bestimmter Werte und Normen zu unterscheiden. Die Forschungsmatrix müßte also unter dem Punkt "Akteure" ergänzt werden durch folgende Fragen: Welcher gesellschaftlichen Gruppe gehören diese Personen an? Welcher internalisierte, politisch relevante Handlungsrahmen liegt dem spezifischen Verhalten des Entscheidungsträgers zugrunde?

In bezug auf die Motivlage hilft die von Karl Rohe vorgeschlagene Unterscheidung zwischen politischer Soziokultur und politischer Deutungskultur weiter, und zwar ebenfalls im Sinne einer heuristischen Präzisierung:

1 muß sich der Historiker bewußt machen, daß die eigentlich handlungsrelevanten Elemente politischer Kultur (= politische Soziokultur) kaum explizit von den Entscheidungsträgern als Motive ihres Handelns thematisiert werden. Wenn

in Verhandlungskontexten über gemeinsame Haltungen und Einstellungen diskutiert wird, muß zunächst vermutet werden, daß die hier diskutierten Inhalte eher zur Ebene der politischen Deutungskultur zu zählen sind und damit hinsichtlich ihrer motivationalen Relevanz nicht überbewertet werden dürfen. Als 'Verhandlungsmasse' auf der Ebene der politischen Deutungskultur spielen sie nur insofern eine Rolle, als sie "eine vom Handelnden zu berücksichtigende äußere Größe" darstellen.

2. sollte sich der Historiker die vorgeschlagene Unterscheidung zwischen handlungsleitenden und handlungslegitimierenden Soziokulturen heuristisch zu Nutze machen und nicht nur danach fragen, welche Handlungsmotive sich herausfiltern lassen. Er sollte vielmehr darüber hinaus die Funktion dieser Motive hinterfragen. Waren z.B. die britischerseits in den 1950er Jahren immer wieder apostrophierten politischen Ressentiments gegen Japan handlungsleitend etwa in der Frage der britischen Haltung zur japanischen GATT-Mitgliedschaft oder hatten sie lediglich eine politisch legitimierende Funktion für eine im Grunde genommen ökonomische Interessenlage, die aber mit ökonomischen Argumenten allein nicht durchgesetzt werden konnte?

3. sollte der Historiker den Hinweis sehr ernst nehmen, daß "kulturelle" Erklärungen lediglich eine ergänzende Funktion haben können und in der Trias institutioneller, struktureller und kultureller Erklärungsansätze nicht an erster Stelle, sondern vielmehr an letzter Stelle stehen. Erst wenn institutionelle und strukturelle Einflüsse zur Erläuterung bestimmter Verhaltensweisen nicht ausreichen, sollte nach den kulturellen Hintergründen gefragt werden.

c) Zur Definition des Machtbegriffes

Anstoß zu der Beschäftigung mit dem Phänomen britischer Selbstbehauptungsfähigkeit gab die Beobachtung, daß Großbritannien in den letzten 150 Jahren eine Großmachtpolitik betrieb mit Hilfe von Durchsetzungsstrategien, die es dem Land zum einen erlaubten, die Außenpolitik "preiswert" zu gestalten, d.h. die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen statt in unproduktive Rüstung in den Ausbau internationaler Handels- und Finanzverflechtungen zu investieren und damit den Großmachtstatus zu konsolidieren; zum zweiten ermöglichten sie es England im 20. Jahrhundert, den Großmachtstatus trotz des militärischen und wirtschaftlichen Bedeutungsverlustes, den es infolge der beiden Weltkriege erlitten hatte, aufrechtzuerhalten und bei der Gestaltung der internationalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg als einer der Großen Drei aktiv mitzuwirken. Dies legte nahe, zu fragen, auf welche Machtfaktoren sich die britische Selbstbehauptungsfähigkeit stützte, wann sich die Faktoren veränderten und warum. Es lag die Vermutung nahe, daß sich die britische Selbstbehauptungsfähigkeit im 20. Jahr-

hundert auch aus 'kulturellen' Ressourcen speiste, wie etwa das internationale Prestige Großbritanniens, das diplomatische Geschick und *know how* im Umgang mit fremden Kulturen, Staaten und Regierungen, also Faktoren, die Großbritannien nicht länger als *Handelsmacht*, sondern vielmehr als *Verhandlungsmacht* erscheinen lassen.

Die Suche nach einer geeigneten definitorischen Grundlage für den auf die britische Außenpolitik anzuwendenden Machtbegriff sollte sich deshalb zum einen auf solche Konzepte konzentrieren, die danach fragen, warum ein Akteur Macht hat und warum diese Macht Wirkung zeigt; zum anderen sollten auch solche Konzepte herangezogen werden, die der Charakterisierung Großbritanniens als Verhandlungsmacht eine definitorische Grundlage anbieten können, die sich also insbesondere um den Kommunikationsaspekt von Macht bemühen.

Während in der politologischen Teildisziplin "Internationale Beziehungen" der Diskurs über Macht auch weiterhin sehr stark von (neo)realistischen Konzepten beherrscht wird, also danach fragt, *was Macht ist*, dominiert in der Politikwissenschaft allgemein ein sich auf Max Weber stützender soziologischer Ansatz, der *Macht als Element von Interaktionsprozessen* begreift. Nach Max Weber wird Macht in sozialen Prozessen aufgefaßt als eine spezifische Chance, daß ein Handelnder seinen 'Willen' bzw. seine 'Interessen' gegenüber den Interessen und dem Willen eines anderen durchzusetzen in der Lage ist, und zwar auch und gerade dann, wenn dieser andere einer alternativen Willensbekundung den Vorzug geben würde und deshalb mit seinem Widerstand zu rechnen ist.⁵¹

Es gibt verschiedene Versuche, diesen Definitionsansatz zu ergänzen oder zu verfeinern. So entwickelten etwa Bachrach und Baratz in Verbindung mit dem Behaviorismus das Konzept vom "zweiten Gesicht der Macht", das jene Vorgänge und Verhaltensabläufe bezeichnet, die eben nicht auf einen Befehl oder einen expliziten Willen wie bei Weber zurückgehen. Mit solchen Konzepten werden die vielfältigen "non-decisions" in der Politik faßbar, die auf latente und verborgene Machtstrukturen verweisen, und die dennoch wirkungsmächtig sind.⁵² Systemtheoretische Ansätze zu einer Theorie der Macht erweitern die aus der Weberischen Machtdefinition resultierenden handlungs- und entscheidungstheoretischen Forschungsperspektiven, indem sie zusätzlich den Blick auf Bindungen richten, unter denen sich Formen der Entscheidungsfindung in einer für die Gesamtgesellschaft verbindlichen Weise institutionalisieren.⁵³ Die vor allem im Bereich der

⁵¹ Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1972, 28.

⁵² Vgl. Peter Bachrach, Morton S. Baratz, *Power and Poverty. Theory and Practice*, New York London Toronto 1970, insbesondere Kap 3: "Key Concepts: Decisions and Non-decisions", 39-51.

⁵³ Vgl. insbesondere David Easton, *A System Analysis of Political Life*, New York London Sydney 1965.

Anthropologie und Ethnologie entwickelten strukturalistischen Ansätze zu einer Theorie der Macht beschäftigen sich demgegenüber stärker mit dem Phänomen machtgesteuerter Kommunikation unter dem Gesichtspunkt des Fehlens bzw. unter Abstraktion von gesamtgesellschaftlichen Zentralinstanzen.⁵⁴ Die politische Kybernetik versteht Macht hingegen als Steuerungskapazität, bei der "Wollen, Können und Dürfen miteinander in Deckung liegen" und schlägt vor, Regierungsprozesse deshalb nicht so sehr als Problem der Macht, sondern als Problem der Steuerung zu betrachten.⁵⁵

Die von der kybernetischen Diskussion beeinflussten kommunikationstheoretischen Entwürfe über den Machtbegriff gehen schließlich von der Beobachtung aus, daß ein "Befehl kommuniziert werden [muß], um befolgt werden zu können."⁵⁶ Das kommunikationstheoretische Verständnis von Macht als relationaler Größe gestattet Aussagen über Effekte der Machtausübung. Stabilisierungs- und Legitimierungsvorgänge werden z.B. prozeßhaft verstanden und in bezug auf Machtinhaber thematisiert. So erläutert etwa Jürgen Habermas in Anlehnung an Hannah Arendt, daß das Grundphänomen der Macht nicht die Instrumentalisierung eines fremden Willens für eigene Zwecke ist, sondern "die Formierung eines gemeinsamen Willens in einer auf Verständigung gerichteten Kommunikation."⁵⁷ Macht wird hier betrachtet als Effekt kommunikativer Verständigung. So erläutert Habermas:

"Mit dem Kommunikationsbegriff der Macht können wir die Institutionalisierung von Gewaltverhältnissen als eine Transformation von Gewalt in eine mit dem Schein der Legitimität ausgestatteten Macht verständlich machen. Wenn man die Gewalt als Alternative zum handlungskoordinierenden Verständigungsmechanismus und Macht als Produkt verständigungsorientierten Handelns einführt, gewinnt man weiterhin den Vorteil, die Formen indirekter Gewaltausübung, die heute dominieren, in den Griff zu bekommen."⁵⁸

Jürgen Habermas stellt das von ihm entwickelte "kommunikative Handlungsmodell" dem "teleologischen" auf Zweck-Mittel-Relationen fußenden Handlungsmodell entgegen, das er bei Max Weber vorfindet. In dem teleologi-

⁵⁴ Vgl. P. Clastres, *Staatsfeinde*, Frankfurt a.M. 1976; M. Godelier, "Pouvoir et language", in: *Communications* 28 (1978), 21-27; Pierre Bourdieu, "The Social Space and the Genesis of Groups", in: *Social Science Information* 24 (1985), 195-220, bes. 203.

⁵⁵ Vgl. Karl W. Deutsch, *Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven*, dt. Freiburg 1969, 31.

⁵⁶ Vgl. Axel Görliitz, *Politikwissenschaftliche Theorien*, Stuttgart u.a. 1980, 89.

⁵⁷ Jürgen Habermas, "Hannah Arendts Begriff der Macht", in ders., *Politik, Kunst, Religion*, Stuttgart 1978, 103-126, hier 104.

⁵⁸ Jürgen Habermas, *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt a.M. 1984, 548.

schen Handlungsmodell ist Macht identisch mit der Verfügungsgewalt über die Mittel zur Erreichung eines vorgesetzten Zwecks. Kommunikation hat in einem solchen Kontext nur den Sinn, diesen Zweck-Mittel-Zusammenhang zu optimieren. In dem kommunikativen Handlungsmodell von Habermas rückt demgegenüber Macht als Produkt verständigungsorientierten Handelns in den Mittelpunkt des Interesses. Damit wird der Blick frei nicht nur für die von Habermas erwähnten Formen indirekter Gewaltausübung, sondern auch für eine neue Qualität von Macht, die insbesondere in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg eine für die Rolle und Position eines Nationalstaates in der internationalen Mächtehierarchie nicht zu unterschätzende - allerdings bisher noch nicht erforschte - Bedeutung haben könnte.⁵⁹

Dieser kurze Überblick über ausgewählte machttheoretische Ansätze läßt notwendigerweise viele Konzepte unberücksichtigt, die gerade den modernen *philosophischen* Diskurs über Macht stark prägen, so z.B. das auf der Prämisse der wechselseitigen Verschränkung von Macht- und Wissensstrukturen basierende machttheoretische Konzept von Foucault⁶⁰ oder die Theoretiker der symbolischen Macht (z.B. J. Baudrillard und P. Bourdieu)⁶¹, die davon ausgehen, daß Macht gar nichts Reales bezeichnet, sondern eine notwendige Fiktion für das Funktionieren gesellschaftlicher Interaktionsprozesse darstellt. Diese Verkürzung erscheint jedoch gerechtfertigt, weil es hier vor allem um eine Begriffsdefinition von Macht ging, die helfen sollte, die vom "cultural approach" aufgeworfenen Analyseperspektiven methodisch zu untermauern.

Ein für die historische Forschung anwendbarer Machtbegriff sollte einerseits Aufschluß geben über die Wirkungsweise von Macht in Interaktionssituationen; er sollte andererseits aber auch Machtquellen benennen können, d.h. er muß sowohl die soziale als auch die strukturelle Dimension von Macht erläutern helfen. Diese doppelte Funktion erfüllt weder die kybernetische Machtdefinition, die Macht auf den Aspekt der Steuerungskapazität eines Staates verkürzt, noch systemtheoretische Ansätze, die zu sehr von den für die historische Analyse interessanten handlungs- und entscheidungsorientierten Perspektiven des ursprünglichen soziologischen Machtkonzeptes abstrahieren.

⁵⁹ Vgl. zu den Veränderungen in der Qualität von Macht seit den späten 1950er Jahren Stanley Hoffmann, *Gulliver's Troubles. Oder die Zukunft des internationalen Systems*, Bielefeld 1970, S. 42-48.

⁶⁰ Vgl. Michel Foucault, *Dispositive der Macht*, Berlin 1978; ders., *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M. 1973 und dazu: J. Rollet, "Michel Foucault et la question du pouvoir", in: *Archives de Philosophie* 51 (1988), 647-663.

⁶¹ Jean Baudrillard, *Oublier Foucault*, München 1978. Zur Auseinandersetzung mit den Prämissen symbolischer Macht vgl. Pierre Bourdieu, *Entwurf einer Theorie der Praxis*, Frankfurt a. M. 1976 und ders., "Sur le pouvoir symbolique", in: *Annales* 32 (1977), 405-411.

Eine Ergänzung des von Max Weber entworfenen soziologischen Machtkonzeptes durch das von der Kommunikationstheorie entworfene Verständnis von Macht als Produkt kommunikativen Handelns eröffnet hingegen eine Perspektive sowohl auf die sozialen als auch auf die strukturellen Komponenten von Macht. Durch die kommunikationstheoretische Ergänzung der Weber'schen Definition von Macht als "jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht"⁶², wird es möglich, die analytische Berücksichtigung *solcher* Durchsetzungsstrategien theoretisch zu begründen, die nicht auf jene Machtressourcen zurückgreifen, die von der Realistischen Schule als relevante Beziehungsgrößen in der internationalen Politik genannt werden,⁶³ sondern auf Macht basieren, die im und durch den Verhandlungsprozeß selbst entsteht. Damit hilft der kommunikationstheoretisch begründete Machtbegriff bei der Klärung der Frage, warum es Großbritannien gelang, trotz des wirtschaftlichen und militärischen Bedeutungsverlustes nach dem Zweiten Weltkrieg, in einer Reihe von Sachbereichen seine eigenen Ziele gegen konkurrierende Optionen durchzusetzen. Wie dies möglich ist, läßt sich anhand der Bedeutungserweiterung erläutern, die der Begriff 'Verhandlungsmacht' durch den Hinweis darauf, daß Macht als Produkt verständigungsorientierten Handelns verstanden werden kann, erfährt.

Legt man die kommunikationstheoretische Definition von Macht zugrunde, so faßt der Begriff 'Verhandlungsmacht' nicht nur die Beobachtung zusammen, daß Großbritannien ein besonderes Geschick beweist in diplomatischen Verhandlungssituationen und daß es aufgrund dieses Geschicks in der Lage ist, eigene Optionen gegen konkurrierende Optionen durchzusetzen (wobei unklar bleibt, was dieses 'Geschick' nun eigentlich ist). 'Verhandlungsmacht' bedeutet mehr. 'Verhandlungsmacht' bezeichnet auch die Beeinflussungsmöglichkeiten, die ein Akteur durch ein verhandlungsorientiertes Verhalten *gewinnt*. Versteht man nun Selbstbehauptung als Ausdruck von Verhandlungsmacht, kann man Selbstbehauptungsfähigkeit - wie einleitend angenommen - nicht als *Machtersatzpolitik* bezeichnen, sondern muß darin eine spezifische *Machtquelle* sehen, die zumindest unter den Bedingungen moderner internationaler Beziehungen andere Machtquellen wie nationale Ressourcen, industrielle Kapazität, militärische Einsatzbereitschaft etc. ergänzt.

Wenn erfolgreiches verständigungsorientiertes Verhalten (Selbstbehauptung) eine Machtquelle ist, dann ist in bezug auf die in der Forschungsmatrix angeführten Durchsetzungsstrategien erstens danach zu fragen, inwiefern die Durchsetzung eigener Optionen in einem Sachbereich die Verhandlungsmacht stärkt und

⁶² M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 29.

⁶³ Vgl. Anm. 3.

eine Verhandlungsmacht-Akkumulation eintritt, die möglicherweise präjudizierend auf zukünftige Verhandlungssituationen wirkt. Zweitens ist danach zu fragen, wie erfolgreich ein Akteur in vorangegangenen und parallel verlaufenden Verhandlungssituationen war bzw. ist, denn das Verhandlungsergebnis in einem Sachbereich könnte in nicht unerheblichem Maße abhängen vom Ausgang vorangegangener oder parallel verlaufender Verhandlungen.

V.

Am Ende dieser theoretischen und methodischen Erörterungen des Problems, wie die Diplomatieschreibung angesichts der offensichtlichen Relevanz sozialisierter Verhaltensweisen und kollektiv internalisierter Wertvorstellungen und Weltsichten für die Gestaltung britischer Außenpolitik (und vermutlich auch der Außenpolitik anderer Länder) sinnvoll methodisch ergänzt werden kann, bleibt die Frage offen, ob solche Forschungsstrategien in der historischen Forschung erfolgreich umgesetzt werden können und welchen Erkenntnisgewinn wir daraus ziehen.